Die Vorsitzende erteilte Ltd. KVD Liermann das Wort, der aus Verwaltungssicht vier wichtige Aspekte aufzählte, die bei der Entscheidung über die Einrichtung und Förderung einer 3. Stelle in der Wohnberatung zu beachten seien:

1. Die Co-Finanzierung über den Fonds der Pflegekassen werde maximal in Höhe von 75% erfolgen, d.h. 25% der Kosten verblieben beim Kreis.
2. Aufgrund des bisherigen Verteilmodus seien der Rhein-Sieg-Kreis nicht 2,75 Stellen zugestanden worden. Würden die Pflegekassen in die erhöhte Finanzierung einsteigen, müsste aller Voraussicht nach die Förderung durch die Pflegekasse in anderen Kommunen zurückgefahren werden, weil die Gesamthöhe der von Seiten der Pflegekassen zu verteilenden Mittel für die Wohnberatungsagenturen unverändert bliebe. Ob und wenn es eine Umverteilung innerhalb NRW geben werde, könne derzeit nicht beurteilt werden, weil es Bestandsschutz für Begünstigte gebe.
3. Die letzte Erhöhung der Fördermittel sei mit der Personalkostensteigerung bei gedeckelten Zuschüssen begründet worden. Zur Aufrechterhaltung des Angebots habe es eine Unterstützung gegeben. Dieses Grundproblem der nicht auskömmlichen Finanzierung sei systemimmanent, werde daher voraussichtlich auch bei der 3. Stelle früher oder später wieder auftreten.
4. Die Arbeit der Wohnberatung sei ganz hervorragend.

In der sich anschließenden Aussprache, an der sich neben der Abg. Deussen-Dopstadt auch Abg. Eichner und Abg. Frohnhöfer beteiligten, wurde deutlich, dass der Ausschuss der Auffassung ist, dass durch die Förderung des Gedankens ambulant vor stationär ein verlässliches niedrighwelliges Angebot für die Betroffenen vorgehalten werden muss. Ein wichtiger Baustein dieses Angebots sei auch die Wohnberatung. Der Antrag sei ohne die Beantwortung der von Ltd. KVD Liermann aufgeworfenen Fragen aber nicht Entscheidungsreif. Daher möge die Verwaltung versuchen, die Aspekte bis zur Sitzung des Finanzausschusses zu klären. Der Ausschuss fasste den folgenden Beschluss: